



## **Ordentliche Hauptversammlung am 15. Juni 2023**

### **Stellungnahme der Verwaltung der Gigaset AG zu den Gegenanträgen und Wahlvorschlägen der Aktionärin Ludic GmbH gegen die Vorschläge der Verwaltung**

Die Aktionärin Ludic GmbH, Bad Oldesloe, hat nach Einberufung der Hauptversammlung mit Schreiben vom 31. Mai 2023 innerhalb der gesetzlichen Frist Gegenanträge und Wahlvorschläge gegen Vorschläge der Verwaltung zur Beschlussfassung in der am 15. Juni 2023 stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung an den Vorstand der Gigaset AG übersandt.

Der Vorstand hat die Gegenanträge und Wahlvorschläge zur Tagesordnung sowie den Lebenslauf des neu als Aufsichtsratsmitglied vorgeschlagenen Herrn Andreas Tenhofen über die Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht.

Die Anträge und ihre Begründungen geben jeweils die uns mitgeteilten Ansichten der Verfasser wieder. Auch Tatsachenbehauptungen werden unverändert und ohne Überprüfung durch uns veröffentlicht, soweit sie zugänglich zu machen sind.

Wie schon in der Stellungnahme zum Verlangen der Ludic GmbH auf Ergänzung der Tagesordnung dargelegt, ist es uns ein Anliegen, strategische Überlegungen und Entscheidungen transparent und offen mit unseren geschätzten Aktionärinnen und Aktionären zu teilen.

Zu den einzelnen Gegenanträgen und Wahlvorschlägen nehmen wir wie folgt Stellung:

#### ***Gegenantrag zu TOP 2 und TOP 3, den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates die Entlastung zu verweigern:***

Der Vorstand führt und führte die Geschäfte stets verantwortungsvoll und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften sowie der Satzung der Gigaset AG und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die verantwortungsvolle Unternehmensführung hat hierbei einen hohen Stellenwert.

Auch der Aufsichtsrat nimmt und nahm seine Aufgaben stets verantwortungsvoll und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften sowie der Satzung der Gigaset AG und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates wahr. Hierbei werden die Entscheidungen im Interesse der Gesellschaft und unter Abwägung aller Umstände des Einzelfalls getroffen.

Wir sehen daher keine Grundlage, die Entlastung zu verweigern.

Darüber hinaus können wir die angeführte Begründung nicht nachvollziehen.

Wir möchten jedoch betonen, dass wir keinen Klärungsbedarf und keine Anhaltspunkte für zu befürchtende Rechtsverletzungen haben.

Vor diesem Hintergrund halten Vorstand und Aufsichtsrat an ihren Vorschlägen, den Mitgliedern des Vorstands und den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 Entlastung für diesen Zeitraum zu erteilen, fest.

#### ***Gegenantrag zu TOP 6 und Vorschlag von Frau Barbara Münch, Herrn Rainer Koppitz, Frau Jenny Pan und Herrn Andreas Tenhofen für die Wahlen zum Aufsichtsrat:***

Es ist die Überzeugung des Aufsichtsrates, dass die Zusammensetzung des Aufsichtsrates eine fundamentale Rolle für den zukünftigen Erfolg des Unternehmens spielt.

Die Gewährleistung von Kontinuität, Erneuerung und Integrität sowie den Aspekt der Nachhaltigkeit erachten auch wir als wichtig.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sollte berücksichtigen, dass die persönlichen Voraussetzungen für Aufsichtsratsmitglieder sowie die Anforderungen des Kompetenzprofils und des Diversitätskonzepts gewährleistet bleiben.

Entgegen der Auffassung der Ludic GmbH muss gemäß § 100 Absatz 5 Aktiengesetz (AktG) mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung verfügen. Es ist daher zu prüfen, welche Mitglieder als Finanzexperten auf den genannten Gebieten angesehen werden.

Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass im Lebenslauf des Herrn Andreas Tenhofen die gemäß § 124 Absatz 3 Satz 4 AktG erforderliche Angabe zum Wohnort fehlt.

Die ebenfalls fehlende ausdrückliche Angabe gemäß § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG zu etwaigen Mitgliedschaften in weiteren gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten verstehen wir als Negativklärung bzw. wir können uns vorstellen, dass die Negativanzeigen zu vergleichbaren Kontrollgremien und Nebentätigkeiten entsprechend auch bezogen auf gesetzlich zu bildende Aufsichtsräte auszulegen sind.

***Gegenantrag zu TOP 7, die Beschlussfassung über Satzungsänderungen zur Ermöglichung virtueller Hauptversammlungen und zu Modalitäten der Teilnahme von Aufsichtsratsmitgliedern abzulehnen:***

Mit der gesetzlichen Neuregelung in § 118a AktG hat der Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, den Vorstand zu ermächtigen, die Hauptversammlung in virtueller Form abzuhalten. Mit Blick auf die versammlungsbezogenen Aktionärsrechte hat sich der Gesetzgeber bewusst an der Rechtsstellung der Aktionäre bei Präsenzhauptversammlungen orientiert und die dort bestehenden Rechte auf das virtuelle Format übertragen. Er hat die virtuelle Hauptversammlung damit als vollwertige Alternative zur Präsenzhauptversammlung ausgestaltet.

In diesem Regelungsrahmen bewegt sich die unter TOP 7.1 der Tagesordnung vorgeschlagene Ermächtigung. Damit werden den Aktionären sämtliche Rechte gewährt, die auch bei Durchführung einer Präsenzveranstaltung bestünden.

Das virtuelle Format erleichtert und ermöglicht es sämtlichen Aktionären, unabhängig ihres Wohnsitzes sowie anderweitiger Verpflichtungen, an der Hauptversammlung teilzunehmen und ihre Aktionärsrechte auszuüben.

Vor diesem Hintergrund sehen Vorstand und Aufsichtsrat das virtuelle Versammlungsformat als einen wichtigen und sinnvollen Schritt zu mehr Aktionärspartizipation. Allein die diesjährige Abhaltung einer Präsenzhauptversammlung zeigt, dass dem Vorstand der Gigaset AG an einem persönlichen Austausch mit den Aktionärinnen und Aktionären gelegen ist. Die vorgeschlagene Ermächtigung gewährt dem Vorstand jedoch die nötige Flexibilität, um im Bedarfsfall von dem virtuellen Format Gebrauch zu machen. Zudem soll die gesetzlich vorgesehene maximale Frist von fünf Jahren ab Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung in das Handelsregister der Gesellschaft nicht ausgeschöpft werden, sondern zunächst auf zwei Jahre begrenzt werden.

Die unter TOP 7.2 von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung von § 14 der Satzung zur Teilnahme an der Hauptversammlung stellt lediglich eine Anpassung dar, weil in der Satzung der Gigaset AG bereits die Möglichkeit, im Sinne des § 118 Absatz 3 Satz 2 AktG an der Hauptversammlung im Wege der Bild- und Tonübertragung teilzunehmen, besteht. Mit der vorgeschlagenen Anpassung soll daher nur dem als wichtig und sinnvoll erachteten virtuellen Format Rechnung getragen werden.

Die Gelegenheit zum persönlichen Austausch und der bestehende Informations- und Erörterungsbedarf zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionären würde im Rahmen einer etwaigen zukünftigen virtuellen Hauptversammlung gleichermaßen wie bei einer Präsenzveranstaltung bestehen.



Vorstand und Aufsichtsrat halten daher an ihren Beschlussvorschlägen fest.

Bocholt, im Juni 2023

Gigaset AG  
Vorstand und Aufsichtsrat